

Proteste gegen die Honorarmisere

Am „Gesundheitspolitischen Aschermittwoch“ machten zahlreiche nordrheinische Ärztinnen und Ärzte ihrem Unmut Luft. In den Regelleistungsvolumina sehen sie eine Existenzbedrohung.

von Horst Schumacher

Aschermittwoch, morgens vor dem Düsseldorfer Landtag. Rund 400 Ärztinnen und Ärzte sind mit Trillerpfeifen und Transparenten angerückt. „Drei Monate Facharztbehandlung für den Preis eines Herrenhaarschnitts???“ ist da zu lesen, oder: „Versorgung einer großen Wunde incl. Wundverschluss 13 € – Schuhe neu bescholen 25 €.“ Der ärztliche Protest richtet sich gegen die mit der jüngsten Honorarreform eingeführten Regelleistungsvolumina.

Als „Demütigung und Unverschämtheit“ empfindet die nordrheinische Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände (GFB), die zu der Kundgebung aufgerufen hatte, die nun in Euro und Cent ausgewiesenen Fallwerte – beispielsweise 30,88 € pro Quartal für den Chirurgen, 26,05 Euro für den Urologen, 30,11 Euro für den Orthopäden, 21,42 Euro für den Augenarzt oder 15,96 für den Gynäkologen. „Ohne Not wird ein über Jahre gewachsenes und bewährtes System der fachärztlichen Versorgung in Frage gestellt“, ruft der Vorsitzende des Berufsverbands Deutscher Nervenärzte, Dr. Frank Bergmann, „es muss Schluss sein mit der Nivellierung und Pauschalierung.“

Holländische Verhältnisse?

Der Landesvorsitzende der GFB, der Düsseldorfer Augenarzt Dr. Michael Hammer, warnt vor „holländischen Verhältnissen“ ohne niedergelassene Fachärzte. Die wenigsten niedergelassenen Fachärzte seien hoch spezialisiert, die meisten übernehmen Versorgungsfunktionen und begleiteten Patienten mit chronischen Erkrankungen kontinuierlich, sagt die Kölner Fachärztin für Nervenheilkunde Angelika Haus, Vorsitzende des Hartmannbundes in Nordrhein. Sie spricht von „ständig steigenden Fallzahlen“ im fachärztlichen Bereich.

Die Demonstranten übergeben dem Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerium, Dr. Walter Döllinger, eine an Minister Karl-Josef Laumann gerichtete Resolution. Darin fordern sie zum Beispiel einen grundlegenden Umbau des Gesundheitswesens und ein „schlankes, transparentes und solidarisches Kostenerstattungssystem, wie es zum Beispiel in Frankreich seit Jahrzehnten erfolgreich praktiziert wird, beziehungsweise eine solidarisch abgesicherte allgemeine Versicherungspflicht.“

Der Staatssekretär zeigt sich aufgeschlossen für den Protest. Er warnt aber davor, die Patienten „in Geiselnhaft“ zu nehmen. Dafür ertotete er Pfiffe und Buhrufe.

Hausärzteprotest in Münster

Am gleichen Tag versammelten sich in Wuppertal-Elberfeld Chirurgen und Orthopäden aus dem bergischen Städtedreieck mit Schwerpunkt Wuppertal und Remscheid, die in den beiden Wochen zuvor mit Praxisschließungen ihrem Protest „gegen die Vernichtung unserer Praxen“ Nachdruck verliehen. Auch Gynäkologen, Psychiater und Urologen beteiligten sich an den Praxisschließungen im Bergischen Land.

Am Nachmittag protestierten rund 3.500 nordrhein-westfälische Hausärzte auf Einladung der Landesverbände Westfalen-Lippe und Nordrhein des Hausärzteverbandes in Münster. Die flächendeckende hausärztliche Versorgung im Land sei bedroht „durch chronische Unterfinanzierung, fehlenden Nachwuchs und durch unsägliche bürokratische Gängelungen“. Die so genannte Regelversorgung mit einem monatlichen Honorarvolumen von 11,90 Euro in



Dr. Walter Döllinger, Staatssekretär im NRW-Gesundheitsministerium, zeigte Verständnis für den Ärzteprotest. Foto: uma

Nordrhein und 10,81 Euro in Westfalen-Lippe – inklusive erforderlicher Hausbesuche – decke „eine engagierte hausärztliche Versorgung“ nicht mehr ab, hieß es. Die Hausärzte in NRW seien „nicht mehr gewillt, weiterhin zu Dumpingpreisen und lächerlichen Honoraren im internationalen Vergleich Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen zu sein“.

„Budgetierung wurde nicht abgeschafft“

In Solingen verabschiedeten rund 500 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte aus ganz Deutschland bei einer Veranstaltung des Verbandes Freie Ärzteschaft (FÄ) die „Solinger Erklärung“. Darin wird „die sofortige Aufhebung der Budgetierung und Rationierung und Anhebung der zentralistischen Honorierung zur Sicherung der durch die Honorarreform akut bedrohten medizinischen Versorgung unserer Patienten“ gefordert. Denn entgegen den wiederholten Beteuerungen von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die Budgetierung abschaffen zu wollen, sei diese „im neuen Kleid des Regelleistungsvolumens auf der traurigen gesundheitspolitischen Tagesordnung geblieben“, sagte FÄ-Präsident Martin Grauduszus.



Rund 400 Fachärztinnen, Fachärzte und Praxismitarbeiter demonstrierten am „Gesundheitspolitischen Aschermittwoch“ vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die Unterfinanzierung der ambulanten ärztlichen Versorgung. Foto: uma